

Der



informiert

Aufschub für Ramstein und Spangdahlem
Verlegung von Luftstreitkräften der USA von Mildenhall nach RP
Stand: 09.03.2020, Update 11.03.2020 und 28.03.2020

Am 13.03.2017 haben wir in Ramstein auf Einladung des Landesbetriebes für Mobilität an einem Scoping-Termin zur Vorbereitung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bezüglich der Verlegung von Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten von Mildenhall, Großbritannien, nach Rheinland-Pfalz teilgenommen (siehe Mitteilungen des BV vom 21.03.2017).

Am 17.03.2017 haben wir dazu eine Stellungnahme vorgelegt, die unsere Bedenken gegen solche Pläne darlegt (siehe Schriftverkehr).

Danach kehrte erst mal Ruhe ein. Bis der TV dann am 29.11.2019 meldete, das Projekt würde sich verzögern und verteuern. Am 29.01.2020 folgte die Meldung, das US-Militär würde die beiden Stützpunkte für 425 Millionen € ausbauen. Am 03.03.2020 eine weitere Information, dass für den Ausbau dem Bund Kosten von voraussichtlich 95 Millionen € entstehen könnten.

Dann am 07.03.2020 die Kehrtwende. Die USA legen das Projekt vorerst auf Eis. Eine Expertengruppe soll die europäische Aufstellung der US-Streitkräfte vorab neu bewerten. Heute, am 09.03.2020 folgen noch einige Ergänzungen zu den Hintergründen.

Alle Lokalpolitiker, die der TV befragte, sind mehr oder weniger entsetzt: "ein herber Rückschlag", "eine Schwächung der Region". Man hofft und zeigt sich optimistisch, dass die Verlegung dennoch kommen werde.

Ob das eine breite Mehrheit der Bevölkerung im Umfeld der beiden Stützpunkte, Umweltverbände und Bürgerinitiativen (z. B. gegen Fluglärm) auch so sehen, darf getrost bezweifelt werden.

Die Belastung durch die beiden Luftwaffenbasen ist seit Jahren ein vieldiskutiertes Thema. Fluglärm, gigantischer Flächenverbrauch, irreparable toxische Belastungen von Böden und Gewässern sind die bekanntesten Folgen. Und bei kriegerischen Konflikten - die sich niemand wünscht - sind solche Einrichtungen klassische Erstschlag-Ziele.

Die Basis Ramstein liegt unmittelbar neben dem größten Trinkwasser-Reservoir der Pfalz. Hier über die Stationierung einer Staffel von Tankflugzeugen - übrigens den ältesten Maschinen der US-Luftwaffe - auch nur nachzudenken, ist im höchsten Maße unverantwortlich.

Wegen der jüngeren Berichterstattung des TV haben wir nach dem Stand des Verfahrens zur Prüfung der Umweltverträglichkeit beider Maßnahmen angefragt. Nach dem oben erwähnten Scoping-Termin in Ramstein hat es insoweit keine weiteren Aktivitäten gegeben. Wir finden uns gerne damit ab, wenn das so bleibt und sich dieses Projekt in Wohlgefallen auflöst.

Leserbriefe TV vom 11.03.2020, Seite 3, vom 28.03.2020, Seite 4

20 Leserbriefe

Wem nützt es?!

Militär

Zur Berichterstattung über den Ausbau der Air Base Spangdahlem und die neuen Pläne der Amerikaner, zunächst keine Spezialkräfte aus dem englischen Mildenhall in die Eifel zu verlegen:

Wie sicher leben wir in der Eifel? Stimmt das, was man uns suggeriert, Frieden durch Militärpräsenz? Wie lautete doch seinerzeit ein Slogan der rheinland-pfälzischen Politik: „Rheinland-Pfalz ist der Flugzeugträger der Nato!“

Wie und wo Sie, verehrte Leserinnen und Leser, leben möchten, wissen wir nicht. Wir möchten jedoch keinesfalls auf einem Flugzeugträger (insbesondere in Krisenzeiten!) leben. Hierbei denken wir an Spangdahlem, Ramstein, Büchel, um nur einige Militärstützpunkte zu nennen.

Anstatt friedenssichernde Verträge und Abmachungen zu forcieren, erleben wir seitens der amerikanischen Außenpolitik genau das Gegenteil. Warum lauschen unsere deutschen Politiker nicht in größerem Maße den Erkenntnissen und Ratschlägen der Institutionen, die sich professionell mit Friedensforschung beschäftigen? Wir teilen die Angst derer, die mit Sorge und Skepsis die Vergrößerung der Standorte Spangdahlem und Ramstein sowie die Reaktivierung von Bitburg sehen.

Es stellt sich wie so oft schon die Frage: Wem nützt es?!

Dass die USA die Verlegung von Truppen in die Eifel vorerst abzusagen, ist eine richtig gute Nachricht für die Menschen. Jedes Flugzeug und jeder Soldat weniger sind ein Gewinn für die hiesige Bevölkerung. Wozu brauchen wir noch ständig mehr Militär in der Region? Wegen der Arbeitsplätze sicher nicht. Wir haben annähernd Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel allseits. Noch mehr Fluglärm, Umweltbelastung, Konkurrenz am Wohnungsmarkt brauchen wir auch nicht.

Also wo bitte sind die Vorteile, wegen derer sich die Herren Michael Billen (träumt gerne vom internationalen Luftkreuz Bitburg) und Nico Steinbach mehr Militär für den Eifelraum herbeisehnen?

Wobei, vonseiten der Lokalpolitik habe ich auch keine andere Reaktion erwartet. Bleibt nur zu sagen: Danke, Donald Trump, für diese Entscheidung.

Josef Görres, Schönecken

Dass Menschen unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Themen haben, ist normal. Auch oder sogar besonders bei den Themen Fluglärm, Umweltbelastung, Kerosinablass und Angst vor einem Absturz rund um den Flugplatz Spangdahlem. Dass aber nun regionale Politiker (die wohl weit genug entfernt von der Air Base wohnen) von einem „herben Rückschlag“ oder einer „Schwä-

chung der Region“ reden, wenn die Verlegung der Spezialeinheit aus Mildenhall/England nicht zustande kommt, dafür habe ich absolut kein Verständnis. Von Rückschlag und Schwächung kann man zum einen nur sprechen, wenn etwas Vorhandenes verschwindet, und das ist ja hier nicht der Fall. Zum anderen können solche Aussagen nur von Leuten kommen, die mit dem zusätzlichen Lärm und den Umweltbelastungen nichts zu tun haben. Die meisten Bewohner der Orte in weitem Umkreis von Spangdahlem (von denen im Übrigen nur ein kleiner Teil finanziell von der Air Base profitiert) werden heilfroh sein, nicht noch viel mehr und sogar nachts das Kriegsgetöse über ihren Köpfen ertragen zu müssen.

Ich finde es schon schlimm genug, wenn unser Innenminister alle Nase lang nach Amerika fliegt, um zu betteln, dass die Stationierungen in Rheinland-Pfalz erhalten bleiben. Ein Bundesland kann sich doch nicht abhängig machen von Militärs eines Landes, dessen Präsident je nach Lust und Laune jeden Tag neue Ideen herumtwittert und von dem man nicht weiß, wo er als nächstes einen Brennpunkt in der Welt entzündet. Im Moment bin ich ihm jedenfalls sehr dankbar, dass das Projekt Umzug aus Mildenhall erst mal vom Tisch ist und ich selbst nicht einen Umzug in Erwägung ziehen muss.

Rosi Nieder, Herforst

Man muss sich fragen, warum Politiker eine Erweiterung der Air Base forcieren und die Entscheidung bedauern, dass die Verlagerung von weiteren Kampf-Jets aus England vorerst auf Eis gelegt ist? Die Stationierung kostet zig Millionen, auch den deutschen Steuerzahler. Natürlich bringen die Amerikaner auch Geld, und die Ansiedlung ist ein Wirtschaftsfaktor. Was man aber verschweigt, sind die Reinhaltung unserer Natur, die Verunreinigung des Trinkwassers, der lärmende Flugbetrieb und die Gefahr, die von dieser Militäreinrichtung ausgeht. Die Amis scheren sich nicht um Flugzeiten, obwohl die Lärmschutzverordnung störenden Lärm während gewisser Zeiten verbietet. Natürlich verdienen viele Deutsche mit der Vermietung ihrer Häuser und Wohnungen an Amerikaner, und für viele bietet die Air Base eine feste Arbeitsstelle. Wie viele aber stehen dem gegenüber, die sich durch den Lärm belästigt fühlen? Erhalten die Grundstücksbesitzer außerhalb des Ansiedlungsgebietes etwa eine Grundsteuerermäßigung oder sonstigen Nachlass, weil Piloten über ihren Köpfen Flugmanöver üben? Die Anzahl der durch Lärm geplagten Einwohner einschließlich des Saarlandes ist weitaus größer als die Gruppe der Begünstigten. Wir sind in Rheinland-Pfalz ohnehin reichlich mit Fluglärm „gesegnet“. Es reicht!

Arno Schäfer, Trier

Auf dem falschen Weg

Militär

Zum Artikel „Die Amerikaner haben andere Pläne“ (TV vom 9. März):

Mir stellen sich die Nackenhaare, wenn ich lese, dass sogenannte Volksvertreter anlässlich der Verschiebung der Verlegung von amerikanischen Truppen von England nach Spangdahlem von einem „herben Rückschlag“ (Nico Steinbach) oder von einer „Schwächung“ der Region (Dennis Junk) reden.

Ich frage mich, was in den Köpfen dieser Leute vorgeht. Angesichts

der Abstürze von zwei Militärmaschinen unweit von bewohnten Dörfern (2006 Oberkail, 2019 Zemmer-Rodt), bei denen es lediglich dem Glück und keineswegs fliegerischem Können zu verdanken war, dass niemand verletzt oder getötet wurde, setzen sich diese Politiker – denen es offenbar nur um wirtschaftliche Interessen und nicht um die Gesundheit derer geht, von denen sie gewählt werden wollen – dafür ein, die Gefährdung der Bevölkerung noch zu erhöhen! Anstatt sich

für eine Reduzierung des Flugbetriebs (idealerweise die Schließung der Anlage) einzusetzen, fordern sie, das Truppenkontingent noch weiter aufzustocken und damit einhergehend noch mehr Gefährdung, Lärmbelästigung, Luft- und Bodenverschmutzung. Jetzt wird wahrscheinlich das alte Totschlagargument ins Feld geführt, dass mit der Schließung der Anlage wichtige Arbeitsplätze verlorengehen und auch sonstige wirtschaftliche Nachteile für die Bevölkerung entstehen. Die Frage

ist allerdings, ob die Verhinderung dieser Folgen es rechtfertigen, wenn beim nächsten Absturz eine Maschine auf bewohntem Gebiet niedergeht und dabei Menschen verletzt und/oder getötet werden. Dann werden genau die Politiker (und damit sind nicht nur die beiden oben Genannten gemeint), die heute vehement eine Vergrößerung des Flugplatzes fordern, mit angeblichem Mitgefühl für die betroffenen Hinterbliebenen medienwirksam schwülstige Reden halten, wie sehr sie doch den Tod der

Betroffenen bedauern, und dass man ihrer immer gedenken wird. Welch grenzenlose Heuchelei. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob man die Gelder, die die Bundesrepublik für den unsinnigen Ausbau des Flugplatzes in Spangdahlem und für die Finanzierung der ausländischen Streitkräfte zur Verfügung stellt, nicht sinnvoller für die von der Schließung militärischer Anlagen Betroffenen zur Verfügung stellt.

Rudolf Kiefer, Oberkail